

## Revolutionsangst und Autoritätsversagen. Der Aufstand von 1918 in Kiel

### 1. Die Revolution aus Kiel

In der zweiten Jahreshälfte 1918 befand sich das Deutsche Kaiserreich noch – aber aussichtslos – im Ersten Weltkrieg engagiert. Die große Frühlingsoffensive im Westen nach dem Separatfrieden mit Russland war bereits im Sommer gescheitert, die deutschen Truppen zogen sich an fast allen Frontabschnitten zurück. Die verbündeten Staaten waren zusammengebrochen oder standen kurz davor. Die mittlerweile zum insgeheimen Machtzentrum aufgestiegene Oberste Heeresleitung (OHL) musste im September einsehen, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen war.<sup>1</sup> Innenpolitisch stand das Reich vor einer Zerreißprobe, denn die russischen Revolutionen des Jahres 1917 hatten auch unter der deutschen Arbeiterbewegung Eindruck gemacht.<sup>2</sup> Im Oktober wurden auf amerikanischen Druck hin politische Reformen umgesetzt, um den Weg zu Friedensgesprächen zu ebnen und die innenpolitische Lage durch Zugeständnisse zu entspannen. Erstmals wurde das Amt des Regierungschefs, des Reichskanzlers, von der Zustimmung des Parlaments abhängig gemacht. Der daraufhin neu ins Amt gebrachten Regierung gehörten nun erstmals auch Sozialdemokraten an – bis dato ein undenkbarer Vorgang.<sup>3</sup> Trotz dieser auf den ersten Blick hoffnungsvollen Entwicklung lief

---

1 Zur militärischen Lage des Deutschen Reiches siehe Leonhard, Jörn: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, 5. Aufl., München 2014.

2 Zum Gesamtkomplex der russischen Revolutionen siehe exemplarisch Altrichter, Helmut: Rußland 1917. Ein Land auf der Suche nach sich selbst, Paderborn 1997; Aust, Martin: Die Russische Revolution. Vom Zarenreich zum Sowjetimperium, München 2017; Figes, Orlando: Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924, Berlin 1998; Smith, Stephen Anthony: Revolution in Russland. Das Zarenreich in der Krise 1890–1928, Darmstadt 2017 sowie den Beitrag von Jörg Baberowski in diesem Band.

3 Zur letzten kaiserlichen Regierung und den Oktoberreformen siehe Machtan, Lothar: Prinz Max von Baden. Der letzte Kanzler des Kaisers, eine Biographie, Berlin 2013, S. 341 f.

der Krieg zunächst weiter, auch wenn dessen Beendigung in der kriegsmüden deutschen Bevölkerung nur noch als Zeitfrage angesehen wurde.<sup>4</sup>

In dieser Situation beschloss die im bisherigen Kriegsverlauf wenig in Erscheinung getretene Führung der Kaiserlichen Flotte eigenmächtig, deren Bedeutung für die Zukunft durch eine letzte, spektakuläre Unternehmung unter Beweis zu stellen und sie so über einen möglichen Frieden hinaus zu erhalten.<sup>5</sup> Der für Ende Oktober 1918 angesetzte Plan scheiterte allerdings, weil sich zahlreiche Matrosen dem Auslaufbefehl widersetzen. Diese erste Flottenunruhe konnte rasch niedergeschlagen werden. Doch beschloss die Admiralität, zur Beruhigung der Situation Teile der Flotte in den Heimathafen Kiel zurückzubeordern.<sup>6</sup> Die in der norddeutschen Provinz Schleswig-Holstein gelegene Großstadt war zu diesem Zeitpunkt bereits ein Pulverfass. Die große, unzufriedene und stark politisierte Arbeiterschaft sagte den Matrosen Unterstützung zu. Am 3. November kam es zur offenen Revolte, innerhalb kürzester Zeit übernahmen protestierende Marinesoldaten die Kontrolle über die Stadt und den wichtigsten deutschen Marinestützpunkt, ohne dass ihnen nennenswerter Widerstand entgegengebracht wurde.

Tausende Arbeiterinnen und Arbeiter schlossen sich ihnen an und rasch breitete sich die Revolte auf weitere Städte aus, meist ausgelöst durch den Strom der in ihre Heimatstädte zurückkehrenden Matrosen. Sie bildeten Arbeiter- und Soldatenräte, um die autoritäre kaiserliche Verwaltung zu kontrollieren. Dabei stand ihre Bewegung keineswegs unter der Kontrolle einer politischen Partei oder Gruppierung, sondern entwickelte sich größtenteils spontan.<sup>7</sup> Dem politischen Parteienspektrum, auch weiten Teilen der deutschen Sozialdemokratie, war die Bewegung hingegen suspekt. Doch mit deren unaufhaltsamen Übergreifen auf weite Teile des Landes, bei dem immer lauter das Schlagwort von der Revolution erhoben wurde, sah die Parteiführung der deutschen Mehrheitssozialisten (MSPD) keine andere Möglichkeit, als sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, um die wei-

---

4 Vgl. exemplarisch die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung vom 1. November 1918, die ganz offen über das Kriegsende und den Rücktritt Kaiser Wilhelms II. spekulierte.

5 Hierzu und zum Folgenden Deist, Wilhelm: Die Politik der Seekriegsleitung und die Rebellion der Flotte Ende Oktober 1918, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 14 (1966), 4, S. 341–368, hier S. 356f.

6 Zu den Ereignissen siehe Dähnhardt, Dirk: Revolution in Kiel. Der Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik 1918/19 (Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Bd. 64), Neumünster 1978; Rackwitz, Martin: Kiel 1918. Revolution – Aufbruch zu Demokratie und Republik, Kiel/ Hamburg 2018; mit kritischer Bewertung Pohl, Karl Heinrich: Revolution in Kiel? In: Revolution 1918/19 in Norddeutschland (Historische Demokratieforschung, Bd. 13), hrsg. von Detlef Lehnert, Berlin 2018, S. 21–98.

7 Vgl. Kluge, Ulrich: Soldatenräte und Revolution Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19, Göttingen 1975, S. 105–125; Kolb, Eberhard/ Schumann, Dirk: Die Weimarer Republik (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 16), 8. Aufl., München 2013, S. 11.

tere Entwicklung mitgestalten zu können.<sup>8</sup> Bereits am 9. November 1918 musste der deutsche Kaiser, Wilhelm II., abdanken. Am selben Tag wurde in Berlin vom Sozialdemokraten Philipp Scheidemann die Republik ausgerufen.

Ihre Erfolgsgeschichte war allerdings überschaubar, denn schon im Dezember versank das Land in Unruhen, Streiks und Chaos. Gewalt wurde zu einem bestimmenden Mittel der politischen Auseinandersetzung.<sup>9</sup> Erst Mitte der 1920er Jahre gelang es für einige wenige Jahre, die junge deutsche Republik zu stabileren Verhältnissen zu führen. Sie wurden allerdings durch die wirtschaftlichen und politischen Verwerfungen am Ende des Jahrzehnts wieder zunichte gemacht. Die Furcht vor dem Wiederaufflammen der chaotischen Verhältnisse aus der Frühphase der Republik konnte schließlich die nationalsozialistische Partei (NSDAP) nutzen, um 1933 die Macht im deutschen Staat zu übernehmen. Insofern scheint es legitim, nach der Ursache jener Furchtsamkeit, ihrer politischen Bedeutung und Instrumentalisierung für den revolutionären Beginn der deutschen, beziehungsweise der sogenannten Weimarer Republik zu fragen.

## 2. Die Furcht vor der »Roten Flut«

Die Angst vor einer Revolution, die sich in den ersten Tagen des Novembers 1918 als Matrosenaufstand zunächst in Kiel und schließlich im gesamten Deutschen Reich realisierte, kam keineswegs unerwartet, vielmehr hatte sie eine lange Vorlaufzeit. Schon seit Beginn des 19. Jahrhunderts sahen sich die europäischen Politiker des bürgerlich-konservativen Lagers wiederholt mit der Frage konfrontiert, wie eine sozialistische »Weltrevolution« verhindert werden könne.<sup>10</sup> Die russische Oktoberrevolution von 1917, die mit ihrer Gewalt (nicht nur) gegen alles Bürgerliche jene Horrorszenarien in blutige Realität umsetzte, schreckte daher zwangsläufig ganz Europa auf. Es verwundert kaum, dass der britische Premierminister David Lloyd George – nur ein halbes Jahr nach dem Ende des Ersten Weltkrieges – den russischen Bolschewismus als größte Gefahr für den Kontinent ausmachte und nicht mehr das Deutsche Reich.<sup>11</sup> Vielmehr forderte er sogar den

8 Ebd., S. 6; Lösche, Peter: Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903 – 1920, Berlin 1967.

9 Exemplarisch Gerwarth, Robert: Die Besiegten. Das blutige Erbe des Ersten Weltkriegs, München 2017, S. 155 – 164.

10 Gerwarth, Robert/ Horne, John: Bolschewismus als Fantasie. Revolutionsangst und konterrevolutionäre Gewalt 1917 bis 1923, in: Krieg im Frieden. Paramilitärische Gewalt in Europa nach dem Ersten Weltkrieg, hrsg. von dens., Göttingen 2013, S. 94 – 107, hier S. 94.

11 Kuhlman, Erika: Reconstructing patriarchy after the Great War. Women, gender, and postwar reconciliation between nations, New York 2008, S. 16.

Ausbau des einstigen Kriegsgegners zu einem Bollwerk gegen die bolschewistische Bedrohung aus dem Osten. Hoffnungsvoll stimmte ihn, dass es der Regierung der jungen deutschen Republik gelungen war, die Revolution des Jahres 1918 in gemäßigte Bahnen zu lenken und so einen Umsturz nach bolschewistischem Vorbild zu verhindern. Unter dem sozialdemokratischen Reichswehrminister Gustav Noske hatte sie Anfang 1919 eindrücklich demonstriert, dass sie bereit war, notfalls mit massiver Gewaltanwendung gegen linke Umstürzler vorzugehen.<sup>12</sup>

Das ist insofern erstaunlich, als gerade die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) über Jahre hinweg selbst Projektionsfläche der Revolutionsangst im deutschen Kaiserreich war.

Ihre Vorgängerorganisation, die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) sowie ihr nahestehende Gewerkschaften waren noch aufgrund des »Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« vom 21. Oktober 1878 verboten worden. Dennoch hatte die sozialistische Bewegung in zahllosen Ersatzorganisationen und im Untergrund nicht nur überleben, sondern sich sogar strukturell und ideologisch festigen können.<sup>13</sup>

Mit dem Auslaufen des Gesetzes im Jahr 1890 knüpfte die als SPD wiederbegründete Partei an alte Erfolge an und zählte kontinuierliche Zuwächse bei den Reichstagswahlen. Für das politisch dominierende bürgerliche Lager erhielt dieser unaufhaltsame Vormarsch immer bedrohlichere Züge, zumal die SPD programmatisch für das Ende der politischen Dominanz des Bürgertums wie auch für eine Beseitigung des kapitalistischen Systems eintrat. Doch gerade die unterschiedlichen Versuche, die SPD als politischen Gegner auszuschalten, beförderten die Abgrenzung der Partei noch zusätzlich.<sup>14</sup>

In dieser Hinsicht war Deutschland aber kein Sonderfall. Spektakuläre Attentate, wie das auf Zar Alexander II. im Jahr 1881 hatten schon seit längerem die Furcht vor einer gewaltsamen Revolution in ganz Europa befeuert. Auf dem gesamten Kontinent kam es daher bis ins erste Drittel des 20. Jahrhunderts wiederholt zu repressiven Präventionsmaßnahmen gegen vermeintliche und tatsächliche

---

12 Lange, Dietmar: Massenstreik und Schießbefehl. Der Generalstreik und die Märzkämpfe in Berlin 1919, Münster 2012; Wette, Wolfram: Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1987.

13 Für die spezifischen Voraussetzungen in der Provinz Schleswig-Holstein vgl. Regling, Heinz Volkmar: Die Anfänge des Sozialismus in Schleswig-Holstein, Neumünster 1965, S. 190; Rüdel, Holger: Landarbeiter und Sozialdemokratie in Ostholstein 1871 bis 1878. Erfolg und Niederlage der sozialistischen Arbeiterbewegung in einem großagrarischen Wahlkreis zwischen Reichsgründung und Sozialistengesetz, Neumünster 1986, S. 214.

14 Rüdel, Landarbeiter, S. 215 f. und S. 229; Ders.: Ein schwieriger Start. Zur Frühgeschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein, in: Demokratische Geschichte 3 (1988), S. 77–85, hier S. 77; Klatt, Inge: Sozialdemokratie und Obrigkeit vor dem Ersten Weltkrieg in Schleswig-Holstein. Aktion und Reaktion, in: Demokratische Geschichte 3 (1988), S. 97–116.

che sozialistische Untergrundbewegungen.<sup>15</sup> Diese besaßen freilich nicht allein das Monopol auf konspirative Gewaltakte, wie die folgenreiche Ermordung des österreichischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand im Jahr 1914 unter Beweis stellt. Für das Attentat zeichneten sich schließlich serbische Nationalisten verantwortlich.

Dennoch beflügelte kaum etwas so sehr die Fantasie bürgerlich-konservativer Eliten wie die medial präsenten sozialdemokratischen Bürgerschrecke vom Format eines Karl Liebknecht, der im deutschen Bürgertum zur personifizierten Gefahr für dessen Lebenswirklichkeit stilisiert wurde.<sup>16</sup> Zwar gehörte er in der SPD zu jenen Außenseitern, die sich 1916 als unabhängige Sozialdemokratie (USPD) beziehungsweise Spartakus-Gruppe abspalten sollten, doch bot er sich durch die Radikalität seiner Positionen als ideale Hassfigur geradezu an. Die Parteiführung der SPD und ihre großen Landesverbände waren hingegen längst von der einst revolutionären Zielrichtung abgerückt und präsentierten sich eher reform- denn revolutionsorientiert.<sup>17</sup>

Bezogen auf Liebknecht und Genoss\*innen leuchtet es daher unmittelbar ein, dass die Ereignisse der Russischen Revolutionen des Jahres 1917 die Revolutionsangst in Deutschland erneut befeuerten, zumal sich die USPD stets der Vorwürfe erwehren musste, von den Bolschewiki finanziert und gesteuert zu sein.<sup>18</sup> Obwohl die deutsche Bevölkerung von der Gewalt und den Schrecken der russischen Revolutions- und Bürgerkriegsperiode nicht direkt betroffen war, vergegenwärtigten die Medien stets die mit ihr verbundene drohende »Apokalypse«. Dafür sorgte nicht zuletzt der bolschewistische Weltrevolutionsanspruch selbst, der analog zur französischen Revolution einen staatlichen Gewaltexport durchaus befürwortete.<sup>19</sup> Wie in der jüngeren Forschung gezeigt, fürchtete man nichts weniger als

15 Vgl. Wilhelm, Hans-Heinrich: Die »nationalkonservativen Eliten« und das Schreckgespenst vom »jüdischen Bolschewismus«, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) 43 (1995), S. 333 – 349.

16 Zur Bedeutung von Revolutionsangst siehe Gerwarth/ Horne, Bolschewismus; für deren regionale Ausprägungen in Schleswig-Holstein siehe Göllnitz, Martin/ Kollex, Knut-Hinrik/ Wegener Friis, Thomas: Blandt revolutionære og »Rigsfjender« i Slesvig-Holsten 1917 – 1920, in: Arbejderhistorie. Tidsskrift for historie, kultur og politik (2017), 2, S. 126 – 149.

17 Vgl. Paetau, Rainer/ Rüdel, Holger: Arbeiter und Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein im 19. und 20. Jahrhundert, Neumünster 1987; Paetau, Rainer: Konfrontation oder Kooperation. Arbeiterbewegung und bürgerliche Gesellschaft im ländlichen Schleswig-Holstein und in der Industriestadt Kiel zwischen 1900 und 1925, Neumünster 1988; Danker, Uwe: Die Geburt der Doppelstrategie in der »Roten Hochburg«. Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein 1863 – 1918, in: Demokratische Geschichte 3 (1988), S. 21 – 62.

18 Luban, Ottokar: Russische Bolschewiki und deutsche Linkssozialisten am Vorabend der deutschen Novemberrevolution. Beziehungen und Einflussnahme, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung (2009), S. 283 – 298.

19 Gerwarth/ Horne, Bolschewismus, S. 96.

das Ende der westlichen Werte-Kultur – den vielbeschworenen Untergang des Abendlandes.<sup>20</sup>

Die Ereignisse in Russland, der Sturz des politischen und gesellschaftlichen Systems, die Zwangskollektivierung und Konfiszierung von Eigentum sowie deren unkontrollierte Folgen aus Chaos, Hunger und Gewalt wurden zur erschreckenden Bestätigung der über ein halbes Jahrhundert hinweg verbreiteten national-konservativen Warnungen, nach denen der Sozialismus nicht nur die Zerstörung der Wirtschaft, sondern gar der Zivilisation an sich bedeute.<sup>21</sup>

### 3. Schleswig-Holstein als Wiege der Furchtsamkeit

In mancherlei Hinsicht ließe sich Schleswig-Holstein mit dem industriellen, intellektuellen und in Teilen auch politischen Zentrum Kiel fast als deutscher Sozialistenhort betrachten. Denn in kaum einer anderen Region Deutschlands war der Zuspruch zur Sozialdemokratie so ausgeprägt wie hier.<sup>22</sup> Schon frühzeitig hatten daher Provinzialbehörden, bürgerliche Parteien, Verbände und Vereine damit begonnen, antisozialistische Allianzen zu schmieden – auch um den aus ihrer Sicht bedrohten Staat zu schützen.<sup>23</sup> Dieses Abwehrverhalten erklärt sich in erster Linie durch die rasant zunehmenden Wahlerfolge der Sozialdemokraten in der Region. So erreichte der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) bei den Reichstagswahlen des Jahres 1871 immerhin fast 13 Prozent der abgegebenen Stimmen und konnte diesen Anteil nur drei Jahre später sogar auf rund 33 Prozent steigern. Repressive Maßnahmen wie die zwangsweise Auflösung von ADAV-Ortsvereinen im Mai 1870 oder die Bestrebungen des Schleswiger Regierungspräsidenten, das Vereinigungs-, Versammlungs- und Koalitionsrecht sowie die Pressefreiheit einzuschränken, blieben ohne spürbare Auswirkungen. Auch das drastische Mittel des Verbots nach dem Sozialistengesetz bot nur eine temporäre Lösung, obschon die Furcht vor der Sozialdemokratie weiter geschürt wurde.

Bis zur Jahrhundertwende gelang es der preußischen Ministerialbürokratie und den Landräten der einzelnen Kreise, die anti-preußischen Vorbehalte weitgehend einzudämmen und ehemals oppositionelle Gruppen wie die schleswig-holsteinischen Kriegervereine auf die Regierungsseite zu ziehen. An dieser Entwicklung

---

20 Vgl. Jones, Mark: *Founding Weimar. Violence and the German Revolution of 1918–1919*, Cambridge 2016.

21 Gerwarth/ Horne, *Bolschewismus*, S. 100.

22 Vgl. Regling, *Sozialismus in Schleswig-Holstein*, S. 190; Rüdell, *Landarbeiter*, S. 214.

23 Ebd., S. 229; Ders.: *Ein schwieriger Start. Zur Frühgeschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein*, in: *Demokratische Geschichte* 3 (1988), S. 77–85, hier S. 77.

waren die Sozialdemokraten keineswegs unbeteiligt. So soll etwa der Parteimitbegründer Wilhelm Liebknecht auf einer Kundgebungsreise durch die Provinz, während einer Rede in Neustadt in Holstein im Februar 1876, die Teilnehmer des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 als »gemeine Gurgelabschneider« bezeichnet haben, wofür er im Juni des Jahres sogar zu zwei Monaten Gefängnisstrafe verurteilt wurde.<sup>24</sup> In der zeitgenössischen Wahrnehmung stellte er damit nicht nur die Opfer der deutschen respektive schleswig-holsteinischen Bevölkerung in Frage, sondern auch den deutschen Nationalstaat als solchen, der ein verbindendes Interesse der meisten politischen Gruppierungen in Schleswig-Holstein darstellte.<sup>25</sup> Derartige Vorkommnisse befeuerten die Kritik an den Sozialdemokraten als »vaterlandslose Gesellen« und trugen dazu bei, dass die Regierung zunehmende Erfolge in ihrem Bemühen verzeichnen konnte, die Furcht vor einer vermeintlichen roten Revolution zu schüren. Ungeachtet dessen verzeichnete die SPD bei den Reichstagswahlen von 1898 immer noch einen Anteil von über 39 Prozent aller abgegebenen Stimmen.

Die nochmals gesteigerten Anstrengungen gegen die »rote Flut« wurden bei der letzten Reichstagswahl vor dem Weltkrieg im Jahr 1912 durch neue SPD-Stimmenzuwächse zwar schon wieder zur Makulatur, sie brachten allerdings eine verhängnisvolle Spirale in Gang, bei der eine in ihrer Schärfe und Rigorosität stark zunehmende Abschreckungsrhetorik erfolgsversprechend erschien.<sup>26</sup>

Zahlreiche Publizisten national-konservativer Verbandsorgane bedienten sich dabei eingängiger Schlagworte wie »Anarchisten« oder »Terroristen« und schürten auf diese Weise konkrete Angstvorstellungen von einer sozialistischen »Zwangsgesellschaft«.<sup>27</sup> Eine solche Rhetorik vermittelte den Eindruck, eine Machtübernahme durch die Sozialdemokraten werde die ökonomischen und gesellschaftlichen Zustände über den Haufen werfen, wodurch jeder Gewerbetreibende in die Besitzlosigkeit getrieben und der bodenständige Bauernstand existenziell bedroht werde.

Diese, auch auf Reichsebene latent befeuerte Furcht vor einer Machtübernahme deutscher Sozialisten wurde mit Beginn des Ersten Weltkrieges durch den soge-

24 Brandt, Hans-Heinz: Neustadt und die Affäre Liebknecht, in: Demokratische Geschichte 3 (1988), S. 123 – 129.

25 Zur Schleswig-Holsteinischen Erhebung siehe exemplarisch Bezold, Andreas von: Die Schleswig-Holsteinische Erhebung 1848 – 1851. Im Spannungsfeld zwischen Deutschland und Dänemark, Hamburg 2014; Rackwitz, Martin: Märzrevolution in Kiel 1848. Erhebung gegen Dänemark und Aufbruch zur Demokratie, Heide 2011; Frandsen, Steen Bo: Holsten i helstaten. Hertugdømmet inden for og uden for det danske monarki i første halvdel af 1800-tallet, Kopenhagen 2008.

26 Vgl. für Kiel Fischer, Karl Rudolf: Damm gegen die rote Flut. Bürgerliche Wahlgeometrie im Kaiserlichen Kiel, in: Demokratische Geschichte 2 (1987), S. 77 – 91.

27 Westphal, Alfred: Bürgerkunde für den deutschen Kriegervereinskameraden, hrsg. vom Vorstande des Kyffhäuser-Bundes der deutschen Landes-Kriegerverbände, Berlin 1914, S. 15 f.

nannten Burgfrieden zunächst oberflächlich eingefroren.<sup>28</sup> Man einigte sich auf das Narrativ eines Verteidigungskrieges, nachdem Deutschland »mitten im Frieden« vom Feind überfallen worden sei.<sup>29</sup> So konnten sich auch die pazifistisch orientierten Sozialdemokraten, zumindest deren Reichstagsfraktion, auf die Zustimmung zu Kriegskrediten einlassen. Im Gegenzug wurden Reformen in Aussicht gestellt, die die politischen Mitbestimmungsmöglichkeiten insbesondere der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter verbessern sollten.<sup>30</sup> Dies schien dringend notwendig, insbesondere auf der Ebene des Landes- und Kommunalwahlrechts, wo mit allerlei Tricks das überholte Zensuswahlrecht dazu genutzt wurde, potentielle Anhänger der Sozialdemokratie von den politischen Mitwirkungsgremien fernzuhalten.<sup>31</sup>

#### 4. Die Furcht des militärischen Establishments

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges überlagerten und verdrängten militärische Bedürfnisse die des zivilen Lebens. Das galt insbesondere für Festungsstädte wie Kiel, in denen im Rahmen des aus reaktionärer Zeit stammenden Gesetzes über den Belagerungszustand den örtlichen Militärbefehlshabern und Gouverneuren fast unbeschränkte Macht – auch über die schon im Kaiserreich herrschenden Grundrechte wie die Pressefreiheit – eingeräumt wurde.<sup>32</sup> Zum sozialen Brennstoff der Vorkriegszeit gesellten sich nun rasch die Zumutungen der Kriegszeit, allen voran die Engpässe bei Lebensmitteln und Brennstoffen, was bereits 1916 zu größeren Hungerkrawallen führte. Diese Probleme konnten ohne politische Beteiligung der zumeist betroffenen Bevölkerungsschichten kaum gelöst werden. Mit den ausbleibenden Kriegserfolgen kippte die Stimmung.<sup>33</sup>

---

28 Miller, Susanne: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 53), Düsseldorf 1974.

29 Vgl. Kühnl, Reinhard/ Schönwälder, Karen (Hrsg.): Sie reden vom Frieden und rüsten zum Krieg. Friedensdemagogie und Kriegsvorbereitung in Geschichte und Gegenwart Köln 1986; Scheil, Stefan: »Mitten im Frieden überfällt uns der Feind.« Vergessene Wahrheiten des Ersten Weltkriegs. Die Schuld der Sieger in den Debatten der zwanziger Jahre, Berlin 2014.

30 Vgl. Miller, Burgfrieden.

31 Strelitz-Risse, Anna-Lena: Das Zensuswahlrecht. Erscheinungsformen, Begründung und Überwindung am Beispiel Frankreichs und Deutschlands, Berlin 2018.

32 Dies geschah auf Grundlage des Preußischen Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851; siehe auch die geheime Weisung des Generalstabs »Vorschrift für den Kampf in insurgierten Städten« von 1907; vgl. Horne, John/ Kramer, Alan: Deutsche Kriegsgreuel 1914. Die umstrittene Wahrheit, Hamburg 2004.

33 Zu den Hungerunruhen und der sich rasch verschlechternden Lage vgl. Davis, Belinda: Konsum im Ersten Weltkrieg, in: Die Konsumgesellschaft in Deutschland 1890 – 1990, hrsg. von Heinz-Gerhard Haupt und Claudius Torp, Frankfurt a.M. 2009, S. 232 – 249; Ullrich, Volker: Kriegsallday. Zur inneren Revolutionierung der Wilhelminischen Gesellschaft, in: Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung,



Im deutschen Militär und in der Kaiserlichen Marine stellten Desertionen bereits 1917 ein großes Problem dar.<sup>34</sup> Selbst in der seit der Skagerakslacht untätig gebliebenen Hochseeflotte – dem vermeintlichen Lieblingsspielzeug des Kaisers – wuchs die Unzufriedenheit über die schlechte Versorgungslage, aber auch über die teils willkürliche Behandlung der Mannschaften durch das Seeoffizierskorps mit jedem Tag an.<sup>35</sup> Innerhalb der Marineführung war die negative Grundstimmung sehr wohl bekannt, was sich an der Einführung sogenannter Menagerie-Kommissionen zeigt, die zu einer Verbesserung des Mannschaftssessens beitragen sollten.<sup>36</sup> Statt aber diesen Weg konsequent fortzuführen und die Mängel im Bereich der inneren Führung anzugehen, wurden für den sukzessive ansteigenden Unmut der Matrosen vielmehr die konspirativen Agitationsbemühungen der USPD verantwortlich gemacht. Wie hysterisch die Verantwortlichen in ihrer Furcht vor dieser »unsichtbaren« Gefahr waren, zeigt sich an einem Ereignis im August 1917 im Flottenstützpunkt Wilhelmshaven, bei dem zahlreiche Matrosen ohne Erlaubnis zu einer friedlichen politischen Kundgebung zusammen gekommen waren. Im Nachgang der Veranstaltung wurden zahllose Teilnehmer verhaftet und zwei von ihnen, die Matrosen Max Reichpietsch und Albin Köbis, sogar von einem Militärgericht als Aufwiegler zum Tode verurteilt und erschossen.<sup>37</sup>

Auch in Schleswig-Holstein wurden Militärangehörige, die sich an politischen Versammlungen im Umfeld der USPD beteiligt hatten, verhaftet und zu teils langjährigen Haftstrafen verurteilt.<sup>38</sup> Gerade im Militär war die Angst vor einer Infiltration durch USPD-Sympathisanten auch deshalb besonders groß, weil es als letztes Bollwerk gegen eine sozialistische oder gar bolschewistische Revolution vorgesehen war.<sup>39</sup> Diese schien 1918 näher denn je. Wie in Kiel brachen zu Beginn des Jahres in zahlreichen Großstädten Unruhen aus. Während der sogenannten Januarstreiks äußerten zehntausende Arbeiter nicht nur ihren Unmut über die desaströse Versorgungslage, sondern stellten zudem konkrete Forderungen nach

Analyse, hrsg. von Wolfgang Michalka, Weyarn 1997, S. 603–621; für Kiel siehe Rackwitz, Martin: Kriegezeiten in Kiel. Alltag und Politik an der Heimatfront 1914/18 (Sonderveröffentlichungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Bd. 72), Kiel 2013.

34 Deist, Wilhelm: Verdeckter Militärstreik im Kriegsjahr 1918? In: Der Erste Weltkrieg, hrsg. von Wolfgang Kruse, Darmstadt 2014, S. 112–130.

35 Vgl. Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918, Abt. 2, Der innere Zusammenbruch, Bd. 10, Halbbd. 1, Gutachten der Sachverständigen Alboldt, Stumpf, von Trotha zu den Marinevorgängen 1917 und 1918, S. 206f.

36 Dazu und zum Folgenden Regulski, Christoph: Lieber für die Ideale erschossen werden, als für die sogenannte Ehre fallen. Albin Köbis, Max Reichpietsch und die deutsche Matrosenbewegung 1917, Wiesbaden 2014.

37 Zu dieser ersten »Flottenmeuterei« siehe auch den Beitrag von Christoph Regulski in diesem Band.

38 Dähnhardt, Revolution, S. 35.

39 Vgl. Deist, Seekriegsleitung.

einem sofortigen Ende des Krieges sowie einem politischen Systemwechsel.<sup>40</sup> Obgleich die Obrigkeit dieser Entwicklung nahezu hilflos gegenüberstand, brachen die Streiks innerhalb kurzer Zeit von selbst zusammen, was darauf zurückzuführen ist, dass die sozialdemokratische Führung nicht mehr die revolutionäre, sondern eine evolutionäre Umgestaltung des politischen Systems als erfolgsversprechend betrachtete. Zugleich offenbarte die russische Oktoberrevolution des Jahres 1917, bei der die Bolschewiki in einem Staatsstreich die Macht an sich gerissen hatten und in der Folgezeit dort zahlreiche Sozialdemokraten verhaften ließen, die Risiken einer radikalen Umwälzung.<sup>41</sup> Im Deutschen Reich wuchs dennoch die innenpolitische Bedrohung, zumal die ohnehin mangelhafte Lebensmittelversorgung der Bevölkerung immer weiter außer Kontrolle geriet.

Weiterhin war die mit dem Kriegsende im Osten neu entflammte Euphorie an der Westfront schnell der Ernüchterung gewichen, nachdem die dortige Offensive ins Stocken geraten war, und sich die deutschen Truppen immer weiter zurückziehen mussten. Dem drohenden äußeren Zusammenbruch entsprach der drohende innere Kollaps. Bolschewistische Kräfte, so fürchtete die deutsche Regierung, könnten die Situation nutzen, um eine gewaltsame Revolution nach russischem Vorbild zu verwirklichen. Befeuert wurde diese Angst durch die Ermordung des deutschen Botschafters Graf von Mirbach-Harff im Juli 1918 in Moskau.<sup>42</sup>

Es verwundert daher nicht, dass sich dieses Gespenst einer bolschewistischen Revolution auch in den höheren Verwaltungsebenen ausbreitete. Bereits für den Sommer 1918, kurz nach der Ermordung Mirbach-Harffs, ist eine erhöhte Aktivität bei den Vorbereitungen zur Abwehr revolutionärer Aktivitäten zu verzeichnen. Eine Revolution, so hieß es beispielsweise aus dem schleswig-holsteinischen Oberpräsidium, würde unmittelbar bevorstehen. Die Landräte versicherten sogleich eifertig, dass ihre jeweiligen Landkreise vorbereitet seien, die Garnisonen in Alarmbereitschaft versetzt würden, aber sich die heimische Arbeiterschaft unter Kontrolle befinde.<sup>43</sup>

Als im September 1918 die Oberste Heeresleitung unter Erich Ludendorff eingestehen musste, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen sei, kam es endlich zu

---

40 Zu den Januarstreiks siehe Ullrich, Volker: Der Januarstreik 1918 in Hamburg, Kiel und Bremen. Eine vergleichende Studie zur Geschichte der Streikbewegung im Ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 71 (1985), S. 45 – 74.

41 Zur gewalterfüllten Nachgeschichte vgl. insbesondere Gerwarth, Robert/ Horne, John: Vectors of Violence. Paramilitarism in Europe after the Great War, 1917 – 1923, in: The Journal of Modern History 83 (2011), 3, S. 489 – 512.

42 Dies., Bolschewismus, S. 96; Baumgart, Winfried: Die Mission des Grafen Mirbach in Moskau April–Juni 1918, in: VfZ 16 (1968), S. 66 – 96.

43 Vgl. Landesarchiv Schleswig-Holstein (LASH), Abt. 309, Nr. 8306.

überhasteten Reformbemühungen. Mit der sogenannten Oktoberverfassung wurde der Reichskanzler erstmals von der Zustimmung des Reichstags abhängig gemacht, der neuen Regierung unter Maximilian von Baden gehörten nun erstmals auch Sozialdemokraten an, ein bis dahin völlig undenkbarer Vorgang.<sup>44</sup> In der Forschung wurden drei Motive der OHL, die in dieser Zeit in der Politik die wesentlichen Fäden zog, für den plötzlichen Sinneswandel ausgemacht:

Zum einen sollte die Verantwortung für die offensichtliche Kriegsniederlage den demokratischen Liberalen und Sozialdemokraten angelastet werden, zweitens war die Bereitschaft zur Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen von amerikanischer Seite mit der Forderung nach politischer Reform in Deutschland verbunden und drittens fürchtete Ludendorff die Eskalation der innenpolitischen Situation.<sup>45</sup> Besonders im Verlauf des Jahres 1918 hatte sich nämlich in herrschenden Kreisen weitgehend die Überzeugung durchgesetzt, dass eine drohende militärische Niederlage auch innenpolitisch unabsehbare Konsequenzen haben könnte. Wenn Ludendorff im Oktober 1918 von einer drohenden »Katastrophe« sprach, so zeigt Wolfgang Niess in seiner umfassenden Studie zur Geschichtsdeutung der deutschen Novemberrevolution von 1918, dann meinte er damit nicht etwa die bevorstehende Niederlage, sondern bereits eine drohende Revolution.<sup>46</sup>

Diese Befürchtung teilte er ausgerechnet mit führenden Figuren des politisch linken Lagers. Eduard Bernstein, prominentes USPD-Mitglied und später gar revolutionärer Beigeordneter im Reichsschatzamt, sah den Bolschewismus von Anfang an als eine Bedrohung für die gesamte sozialistische Internationale und besonders für Deutschland, das sich nach der militärischen Niederlage in einer revolutionären Verfassung befand. Die Abwehr des Bolschewismus, so führte er später aus, läge im Interesse einer sozialdemokratischen Weiterentwicklung der deutschen Republik.<sup>47</sup> Auch in der praktischen Politik der Revolutionszeit operierte die Führung der Mehrheitssozialdemokraten selbst mit der in den herrschenden Kreisen und im Bürgertum verbreitete Bolschewismusfurcht. So beschwor Friedrich Ebert am 22. Oktober 1918 im Reichstag dieses drohende Schreckgespenst sehr gezielt, um die Verfassungsreform zu verteidigen. Das russische Beispiel, so Ebert, sei Warnung genug für das, was geschehe, wenn der deutsche

44 Zur Rolle Ludendorffs vgl. Jacob, Frank: Erich Ludendorff. Militär, Putschist, Sektierer, Stuttgart 2018; Nebelin, Manfred: Ludendorff. Diktator im Ersten Weltkrieg, München 2010, S. 461 f.; Uhle-Wettler, Franz: Erich Ludendorff. Soldat – Feldherr – Revolutionär, 3. Aufl., Graz 2013, S. 385 f. Vgl. zu Wilsons 14 Punkten Hannigan, Robert: The Great War and American foreign policy, 1914 – 24, Philadelphia 2017, S. 115 ff.; zur letzten kaiserlichen Regierung und den Oktoberreformen siehe Machtan, Lothar: Prinz Max von Baden. Der letzte Kanzler des Kaisers, eine Biographie, Berlin 2013, S. 341 f.

45 Vgl. Niess, Wolfgang: Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung. Deutungen von der Weimarer Republik bis ins 21. Jahrhundert, Berlin u. a. 2013, S. 34 u. S. 43.

46 Ebd., S. 80.

47 Ebd., S. 84.

Volksstaat sich nicht durchsetze.<sup>48</sup> Von der breiten Öffentlichkeit wurden diese Reformen aber entweder nicht recht wahr- oder nicht ernstgenommen. Offenbar wurde deren Dauerhaftigkeit bezweifelt, zumal die mit ihnen verfolgten außenpolitischen Absichten offen zu Tage lagen.

## 5. Die lähmende Angst vor einer blutigen Revolution

Die fatale Entscheidung der Kaiserlichen Marineführung, trotz laufender Waffenstillstandverhandlungen noch mit einer spektakulären Last-Minute-Aktion von sich reden zu machen, bestätigte derartige Befürchtungen. Die heute als »letzte Fahrt der Flotte« bekannte, und gegen die Interessen der damals neuen, demokratischeren Regierung gerichtete Aktion scheiterte bekanntlich an der Verweigerungshaltung der eigenen Matrosen, die sich in Kiel schließlich zum Kieler Matrosenaufstand auswuchs.

Große Bedeutung in diesem Zusammenhang haben die in markigen Worten vorgetragenen Überlegungen Admiral Lothar von Trothas über einen letzten, als Opfergang inszenierten Kampf der Flotte zur Sicherung der eigenen Zukunft.<sup>49</sup> Diese pathetische Untergangsrhetorik sollte eine todesverachtende Nibelungen-treue des Seeoffizierskorps bis zum Untergang beschwören und bewegte sich teilweise durchaus im Rahmen einer weltanschaulichen Haltung, die bis in weite Teile des nationalliberalen Bürgertums hineinreichte. Schließlich sah man sich nach unzähligen propagandistisch überhöhten Erfolgsmeldungen plötzlich einer Niederlage apokalyptischen Ausmaßes gegenüber.

Für den nach der gescheiterten Fahrt gegen England nun bevorstehenden Show-down mit den als »Meuterern« betrachteten Matrosen verhiess dies nichts Gutes. Denn die einschlägigen Militärdoktrinen verlangten im Fall von Aufständen deren sofortige, entschlossene und mit allen zur Verfügung stehenden Gewaltmitteln durchgeführte Bekämpfung.<sup>50</sup> Zu den späteren Überlegungen, wie ein Vordringen der Revolte nach Berlin verhindert werden könnte, gehörte unter anderem auch der Einsatz von Bombenflugzeugen und sogar Giftgas, welche am Ende allerdings nicht zum Einsatz kamen.<sup>51</sup>

---

48 Zitiert nach Lösche, Bolschewismus, S. 142.

49 Deist, Seekriegsleitung S. 352 f.

50 Verwiesen sei hier auf die geheime Weisung des Generalstabs »Vorschrift für den Kampf in insurgierten Städten« von 1907; vgl. Horne, John/ Kramer, Alan: Deutsche Kriegsgreuel 1914. Die umstrittene Wahrheit, Hamburg 2004.

51 Schmidt, Ernst-Heinrich: Heimatheer und Revolution 1918. Die militärischen Gewalten im Heimatgebiet zwischen Oktoberreform und Novemberrevolution, Stuttgart 1981, S. 226.

Offenbar machte eine derartige Bedrohungskulisse Eindruck: Fanatische und zu allem entschlossene Offiziere, so stellten es sich viele Matrosen vor, würden aufrührerische Bewegungen mit massivster Gewalt unterbinden. Die Realität sah hingegen überraschend anders aus. Als sich in Kiel nach dem Einlaufen des von den Flottenunruhen betroffenen III. Geschwaders die Bildung einer Matrosenbewegung abzeichnete, warnte Konteradmiral Hans Küsel, Stabschef des Kieler Marinegouverneurs Wilhelm Souchon, vor einem unüberlegten Einsatz von Gewalt, der die Situation rasch »in ein völlig falsches Fahrwasser« geraten lassen könnte.<sup>52</sup> Dort schlangen die Erfahrungen aus Russland mit, wo Offiziere beim Versuch, gegen Aufstände und Befehlsverweigerungen gewaltsam vorzugehen, in großer Zahl von ihren eigenen Soldaten umgebracht worden waren. Das Kieler Gouvernement begnügte sich daher mit zurückhaltender Repression und hoffte bis zuletzt, die Situation würde sich von selbst beruhigen.

Doch am 3. November kam es in der Kieler Karlstraße, am Eingang zu einem großen Militärkomplex mit der Arrestanstalt, zwischen einem mehrere tausend Matrosen umfassenden Protestzug und einer kleinen Marinepatrouille zu einem tödlichen Schusswechsel.<sup>53</sup> Tatsächlich ist dieser Zwischenfall mehr der unübersichtlichen Situation und der beiderseitigen Überforderung, denn einer ausdrücklichen Gewaltpolitik seitens der Marineführung zuzuschreiben. Dieser, heute als Startsignal für den eigentlichen Aufstand anzusehende Zwischenfall wurde von den mittlerweile nach dem Prinzip Hoffnung agierenden Verantwortlichen allerdings vollkommen falsch gedeutet. Die Zerstreuung der Demonstration verleitete Gouverneur Souchon nämlich zu der Überzeugung, die Matrosenbewegung habe sich nunmehr erledigt. Tatsächlich war das Gegenteil der Fall. Der als vorsätzlich unterstellte Gewalteininsatz führte zu großer Empörung unter den im ganzen Stadtgebiet verteilten Matrosen und Soldaten sowie weiten Teilen der Arbeiterschaft. Am Morgen des Folgetages, dem 4. November 1918, begann der Aufstand.

Bereits zuvor schon hatte es Meldungen über einzelne Befehlsverweigerungen gegeben, etwa wenn Marinesoldaten Gefangene des III. Geschwaders in die einzelnen Arrestanstalten bringen oder, wenn Marineangehörige beim Besuch politischer Kundgebungen verhaftet werden sollten. Nun aber weiteten sich diese Einzelfälle zu massiver und kollektiver Befehlsverweigerung aus. Vor allem ältere Soldaten weigerten sich, gegen tatsächliche oder vermeintliche Aufrührer vorzugehen. Hinzu kamen Meldungen, dass Kasernenanlagen von einzelnen Matrosengruppen gestürmt und deren Waffenkammern aufgebrochen worden seien. Besonders der Kieler Stadtteil Wik mit seinen ausgedehnten militärischen Anlagen

52 Hierzu und zum Vorgehen der Kieler Marineführung Ebd., S. 60 f.

53 Zu den Ereignissen wie auch zum Folgenden Dähnhardt, *Revolution*, S. 62 – 64.

war davon betroffen. Bereits am Vormittag hatten sich große Teile der dortigen Mannschaften einem allgemeinen Aufruhr angeschlossen. Dort zwangen auch mehrere tausend Mann die Wachmannschaften der Arrestanstalt zur Aufgabe. Der Einsatz von Marineinfanterie gegen den sich entwickelnden Aufstand war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich, weil, so wurde gemeldet, deren eigene Kaserne von den Aufständischen bereits belagert würde.

Am Mittag musste Stadtkommandant Wilhelm Heine vermelden: »Die Meuterei der Truppen greift weiter um sich. Die militärischen Machtmittel zur Unterdrückung der Meuterei sind erschöpft, es stehen keine sicheren Truppen mehr zum Einsatz zur Verfügung. Die Truppen sind nicht mehr in der Hand der Offiziere.«<sup>54</sup> Admiral Souchon bot daraufhin Verhandlungen an, die sich als vollständige Kapitulation verstehen lassen.<sup>55</sup> Insgesamt vergingen vom ersten Auflodern eines Aufstands bis zur resignierenden Selbstaufgabe des kaiserlichen Offizierskorps – nahezu ohne Gegenwehr – nur wenige Stunden, obwohl Teile dieses Offizierskorps nur wenige Tage zuvor angeblich bereit zur Fahrt in den Tod, für Kaiser und Offiziersehre, gewesen seien.

Unabhängig von dieser offensichtlichen Widersprüchlichkeit sind zwei Aspekte für den raschen Erfolg der Bewegung ausschlaggebend gewesen. Zum einen die starke Geschlossenheit der Matrosen. Sie lag allerdings nicht nur in einer allgemeinen Zustimmung zum Aufstand begründet. Vielmehr wurden dem Aufstand zurückhaltend oder ablehnend gegenüberstehende Mannschaften massiv unter Druck gesetzt. So wurden auf der Kaiserlichen Werft und unter den als vergleichsweise loyal geltenden Torpedobootsbesatzungen gezielt das Gerücht gestreut, das aufständische III. Geschwader würde auf alle diejenigen schießen, die sich nicht dem Aufstand anschließen oder gar Offiziere unterstützten.<sup>56</sup> Tatsächlich wurden am Nachmittag des 4. Novembers auslaufende Einheiten der Schulflottille von Aufständischen beschossen und zur Rückkehr in den Hafen gezwungen. Matrosen wurden angehalten, ihre Kokarden zu entfernen und rote Bänder als Zeichen der Freiheit und Gleichheit sowie als Bekenntnis zur Teilnahme am Aufstand zu tragen. Spätestens am Morgen des nächsten Tages sollten alle Marineeinheiten im Kieler Hafen die rote Flagge hissen. Boote und Schiffe, deren Besatzungen sich weigerten, so hieß es, würden beschossen.

Gerade dieses konsequente und mit drastisch gewaltsamem Bedrohungsgehalt unterfütterte Vorgehen beeinflusste in hohem Maße auch das Verhalten der Offiziere, verband sich doch hier die erlebte Praxis mit der Furcht vor der vielbe-

---

54 Zitiert nach Rackwitz, Kiel 1918, S. 70 f.

55 Vgl. den Bericht Souchons vom 07.03.1920, Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA), RM 31/v. 2366.

56 Hierzu und zum Folgenden Rackwitz, Kiel 1918, S. 101 f.

schworenen blutigen Revolution der Bolschewiki. Mehrfach wurde dem Gouverneur in den einsetzenden Verhandlungen mit den Aufständischen angedroht, dass im Falle eines Scheiterns die schwere Schiffsartillerie des III. Geschwaders gegen die Teile der Stadt eingesetzt würden, in denen sich die meisten Offiziere und deren Familien aufhielten. Im Verlauf des Tages wurden die Drohungen mit Gewalt teilweise Realität. So kam es auf dem Gelände der Kaiserlichen Werft, besonders um das Seekadettenschiff »Elsass«, zu heftigen Schießereien. Auch im Bereich des Bahnhofs nahmen, wie der Ingenieur Nikolaus Andersen in seinem Tagebuch berichtet, Matrosen mehrere Häuser unter Beschuss, von denen es hieß, Offiziere hätten aus Fenstern auf die Aufständischen geschossen – wohl zu Unrecht.<sup>57</sup>

Auch am Folgetag, dem 5. November, kam es überall in der Stadt zu Schießereien, Ausschreitungen und Gewaltakten. Als sich der Kommandant der SMS »König«, Karl Weniger, weigerte, die rote Flagge zu setzen und stattdessen die kaiserliche Kriegsflagge aufziehen ließ, eröffneten Aufständische von Land her das Feuer.<sup>58</sup> Kapitän Weniger und zwei seiner Offiziere wurden niedergeschossen. Mehrere größere und kleinere Einheiten verließen zum Teil unter Beschuss noch den Kieler Hafen, auf dem Rest allerdings wehte die rote Flagge.

Durch die Stadt marodierten nun unkontrolliert Soldatengruppen. Stellenweise kam es zu Übergriffen auf Offiziere, denen Säbel, Rang- und Ehrenzeichen abgenommen wurden. Gerüchteheizten die Stimmung weiter an, es gab Berichte von Misshandlungen bis hin zu Scheinhinrichtungen.

In einer Form massenhafter Hysterie fühlten sich Matrosen bald überall von vermeintlich konterrevolutionären Offizieren aus dem Hinterhalt bedroht und angegriffen. Im Bereich des Kieler Rathauses und der nahegelegenen Stadtparkasse kam es zu wilden Schießereien, bei denen zumeist nicht eindeutig war, wer auf wen schoss.<sup>59</sup> Mitunter kamen dabei auch unbeteiligte Zivilisten zu Schaden. Einige wurden unter dem Verdacht, Konterrevolutionäre zu sein, abgeführt oder gar niedergeschossen. Jagdgruppen von Matrosen machten sich auf die Suche nach vermeintlichen konterrevolutionären Zusammenrottungen, die allerdings nirgends zu finden waren.<sup>60</sup> Vielmehr suchten zahllose Offiziere ihr Heil in der Flucht. Teils wurden sie von der Zivilbevölkerung bis zur Beruhigung der Lage versteckt, teils von einzelnen Matrosen selbst in Sicherheit gebracht, teils gelang ihnen die Flucht in Verkleidung aus der Stadt. Panik breitete sich aus, denn die

57 Kuhl, Klaus: Kiel und die Revolution von 1918 Das Tagebuch eines Werftingenieurs, verfasst in den Jahren 1917–1919. Edition und Textanalyse (Kieler Werkstücke. Reihe A, Bd. 51), Berlin u. a. 2018, S. 52.

58 Hierzu und zum Folgenden Rackwitz, Kiel 1918, S. 101 f.

59 Ebd., S.109.

60 Ebd., auch das Folgende.

gestreuten Gerüchte passten allzu sehr in das beschworene Bild der blutrünstigen roten Revolutionäre. So hieß es, die Offiziere der Entsatzzuppen aus Neumünster seien bei ihrer Ankunft in Kiel sofort von den Aufständischen erschossen worden. Leutnant zur See Walter Rogge berichtet, »Rotgardisten« hätten Häuser nach Offizieren durchkämmt, weshalb er sich gemeinsam mit zwei Offizierskollegen zur Flucht über Rendsburg in Richtung der schleswig-holsteinischen Westküste entschloss.<sup>61</sup>

An solchen Gerüchten waren die Aufständischen nicht ganz unbeteiligt. Der kurzzeitige und schillernde Sonderburger Soldatenratsvorsitzende Bruno Topff beispielsweise gewann die Zustimmung der dortigen Aufständischen durch seine drastische Schilderung und unwahre Behauptung, er habe just in Kiel an der Erschießung hunderter Offiziere teilgenommen.<sup>62</sup> Tatsächlich lag er während des Ausbruchs der Unruhen tuberkulosekrank im Sonderburger Lazarett.

Auch der ranghöchste Marinier in der Stadt, Prinz Heinrich von Preußen, Großadmiral und Kaiserbruder, flüchtete aus Furcht vor Übergriffen mit seiner Familie am Abend des 5. Novembers aus der Stadt Richtung Eckernförde auf seinen Landsitz, den er trotz eines dramatischen Zwischenfalls auf dem Weg dorthin sicher erreichte.<sup>63</sup> Die Sorge des Prinzen und vieler kaiserlichen Offiziere war nicht unbegründet, denn Mitternacht desselben Tages wurde Stadtkommandanten Wilhelm Heine beim Festnahmeversuch einer unautorisierten Patrouille erschossen. Viele Matrosen lasteten ihm die tödlichen Schüsse in der Karlstraße an.

Schließlich aber griff der Kieler Soldatenrat durch und verhängte eine Urlaubssperre für die Soldaten. Er ließ Waffen einsammeln und wilde Patrouillen untersagen. Am 6. November beruhigte sich die Lage und die Schießereien hörten auf. Verglichen mit den massiven Exzessen der Revolution in Russland 1917 hielt sich das Ausmaß der Gewalt während der Kieler Revolte in Grenzen. Trotzdem hatte das Ausmaß der Bedrohung dazu geführt, dass sich die meisten Offiziere vollkommen widerstandslos in ihr Schicksal fügten.

## 6. Die Folgen von Furcht und Revolution

Insgesamt entwickelte sich die Novemberrevolution des Jahres 1918 in Deutschland zunächst anders als es die apokalyptischen Visionen von der »Weltrevoluti-

---

61 Ebd., S. 111.

62 Zu Bruno Topff siehe Huhle, Robert: Der Präsident, in Demokratische Geschichte 2 (1987), S. 163 – 171.

63 Hierzu und zum Folgenden Dähnhardt, Revolution, S. 65 – 75.



on« suggeriert hatten. Die befürchteten Gewaltexzesse blieben auch andernorts weitgehend aus, vor allem, da die umgehend ins Leben gerufenen Soldatenräte auch im letzten Winkel der Provinz stabile Verhältnisse garantierten.<sup>64</sup> Plünderer und Unruhestifter wurden verhaftet, das öffentliche Leben konnte fast ungehindert weiterlaufen. Dabei setzten die Revolutionäre bewusst auf eine Aufrechterhaltung des alten Verwaltungssystems und beließen die Beamtenschaft bis hin zu Oberbürgermeistern und Landräten überwiegend im Amt.

Zu den ersten Amtshandlungen der neuen Räte gehörte außerdem, die größten Auswüchse bürgerlicher Alpträume eiligst zu zerstreuen. Auf den allerersten Plakaten, Flugblättern, Verlautbarungen und Aufrufen von Arbeiter- und Soldatenräten war nicht nur von »Ruhe und Ordnung«, sondern sogar von der »Garantie des Eigentums« zu lesen.<sup>65</sup> Das Revolutionsgespenst verlor also in dem Augenblick einen Großteil seines Schreckens, in dem es sich manifestierte.

Vielmehr hatte die aus der »antibolschewistischen Mythologie« gespeiste Angst vor einer drohenden Revolution einen Anteil an dem tatsächlich vergleichsweise friedlichen Verlauf – zumindest im November 1918.<sup>66</sup> Staatliche Autoritäten und bürgerliche Kräfte hatten schließlich schnell vor einem aufgebauchten Gewaltpotential kapituliert, dessen Bild sie zuvor selbst in die Welt gesetzt hatten. Auf der anderen Seite hatten revolutionäre sozialdemokratische Akteure die zuvor formulierten Ängste konkret aufgegriffen und sie durch klare Regelungen und pragmatisches Vorgehen entkräftet.

Hinzu kam, dass der Schock über den raschen Untergang des alten Systems zunächst weite Teile des Bürgertums gelähmt hatte. Denn dieses sah sich, so fasste es der spätere Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Reichskanzler und Außenminister Gustav Stresemann am 14. November 1918 zusammen, »gegenwärtig fast zur Einflusslosigkeit verurteilt«, nur durch »Besonnenheit und Pflichterfüllung bis zum Äußersten« wolle man möglichst viel der eigenen Lebenswirklichkeit hinüberretten.<sup>67</sup> Ebenso dachten etwa vier Fünftel der Beamtenschaft im Reich, die trotz vorherrschender Verzweiflung über den Zusammenbruch und die Revolution im Dienst blieb – auch aus Sorge, dass sonst alles zusammenbrechen und dann eine weit schlimmere Revolution drohen würde.<sup>68</sup>

64 Hierzu und zum Folgenden Kollex, Knut-Hinrik: »Ruhe und Ordnung«. Provinzielle Revolution in Schleswig-Holstein, in: Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918, hrsg. von Sonja Kinzler und Doris Tillmann, Kiel 2018.

65 Ebd., S. 135 u. S. 136.

66 Gerwarth/ Horne, Bolschewismus, S. 106.

67 Zitiert nach Miller, Susanne/ Ritter, Gerhard: Die November-Revolution 1918 im Erleben und Urteil der Zeitgenossen. Eine Dokumentation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 45 (1968), S. 1–40, hier S. 22.

68 Niess, Geschichtsschreibung, S. 22.

Erst mit Verzögerung erwachte zum Jahresende 1918 eine Widerstandshaltung gegen die Umgestaltung des Kaiserreichs hin zu einer Republik, wie sich vor allem der nationalliberalen und konservativen Presse dieser Zeit entnehmen lässt. Am 18. November schrieb etwa die »Deutsche Zeitung«: »Die Diktatur des deutschen Proletariats hat bisher jedes Blutvergießen zu vermeiden versucht. Das erkennen wir an. Sie bleibt aber trotzdem eine Diktatur, wie wir sie in den Zeiten der schlimmsten Reaktion nicht gehabt haben.«<sup>69</sup>

Ganz anders sah man es auf der linken Seite des politischen Spektrums, wo allerdings breite Ernüchterung über das Erreichte herrschte. Der Sozialdemokrat Wilhelm Bloß schrieb 1923 über seine Empfindungen am 9. November 1918: »Auf dem Heimwege ließ mich der Gedanke nicht los, dass dieser Revolution etwas fehlte, nämlich eine allgemeine, alles überbrausende, mitreißende und erhebende Begeisterung«.<sup>70</sup> Dieses Gefühl teilte er sogar mit dem führenden Vertreter der revolutionären Obleute, Ernst Däumling, der als Mitglied des linken USPD-Flügels im Dezember 1919 deren Vorsitz übernehmen sollte. Im Revolutionsjahr hatte dieser auf einer Sitzung des allgemeinen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte am 19. Dezember 1918 erklärt:

»Der Rausch der ersten Revolutionstage ist schnell verfliegen. Alle die Bedenklichkeit, alle die Rückständigkeit und zähe Anhänglichkeit an die alten Ideologien ist noch sehr stark vorhanden. [...] wo ist der große, ideale Schwung, der durch die Nationalkonvente Frankreichs durchging? Wo ist die jugendfrische Märzbegeisterung des Jahres 1848? Wo ist die Hymne, die aus der Freiheitsbewegung des deutschen Volkes entstanden ist? – Nichts davon zu spüren! Ein großes Symbol kann man noch sehen: Auf den Staatsgebäuden flat-tern noch die Fahnen des alten Systems mit ihren Emblemen und darüber ein armseliges rotes Wimpelchen. Das charakterisiert die Revolution von heute.«<sup>71</sup>

Vielen deutschen Sozialisten war die Revolution nicht weit genug gegangen. Auch wenn das Gros der Sozialdemokratie und Arbeiterschaft nicht an »russischen Verhältnissen« interessiert war, sympathisierte doch zumindest ein Teil – gerade auch der Matrosenbewegung – mit dem osteuropäischen Vorbild, wie sich den Erinnerungen des Matrosen und überzeugten Revolutionärs Hermann Knüfken entnehmen lässt:

»Wir [...] waren Gegner des Parlamentarismus [...]. Wir sahen das Parlament als eine Brutstätte kapitalistischer Korruption an und waren davon überzeugt, daß jeder unserer Leute, den wir hineinwählen würden, für den Klassenkampf verloren sei. In den ersten Jahren nach der Novemberrevolution 1918 gab es für uns nur einen Weg: Die Eroberung

<sup>69</sup> Deutsche Zeitung vom 18. 11. 1918.

<sup>70</sup> Bloß, Wilhelm: Von der Monarchie zum Volksstaat. Zur Geschichte der Revolution in Deutschland insbesondere in Württemberg. Stuttgart 1923, S. 22.

<sup>71</sup> Zitiert nach Miller/ Ritter, November-Revolution, S. 13.

der politischen Macht. Dieser Weg ging über den Generalstreik und den bewaffneten Aufstand zur Diktatur des Proletariats.«<sup>72</sup>

Der radikale Teil der Revolutionäre betrachtete die Novemberrevolution von 1918 offensichtlich als einen unvollendeten Umsturzversuch, und der Wunsch nach einer Vervollkommnung ließ schon zum Jahreswechsel 1918/19 das bolschewistische Schreckgespenst wiederaufleben.

Von Anfang an hatte sich die Revolutionsbewegung vollkommen konträr zu der strategischen und parteipolitischen Planung der Mehrheits-SPD entwickelt, nämlich gemeinsam mit dem linksliberalen Bürgertum den Kurs der beständigen Reformen fortzusetzen, die durch die Verfassungsreform vom 26. Oktober 1918 bereits eine wichtige Wegmarke erreicht hatte. Mit den sich überschlagenden Ereignissen des Novembers 1918 ging es jedoch schon wenige Tage nur noch darum, unter allen Umständen Chaos und Anarchie zu verhindern. Als der MSPD-Führung bewusst wurde, dass die Partei ihren Einfluss auf die Arbeiter und Soldaten zu verlieren drohte, hatte sie unter dem Eindruck der Ereignisse in Kiel, München und Berlin die Kehrtwende vollzogen und begonnen, aktiv und führend in die Aufstandsbewegung einzugreifen, um aus ihrer Sicht das Schlimmste zu verhindern.<sup>73</sup> Die Revolution begriff sie also nicht als Chance, sondern in erster Linie als eine bedrohliche Entwicklung mit unklarem Ausgang – eine Auffassung, die sie mit dem liberalen bis konservativen Bürgertum teilte.

Als Ende Dezember mit den Weihnachtsunruhen und Anfang 1919 mit den sogenannten Spartakusaufständen linksradikale Kräfte versuchten, die in ihren Augen auf halber Strecke stehengebliebene Revolution zu vervollständigen, befeuert sie damit erneut die Furcht vor einer radikalen und blutigen Revolution und versetzen weite Teile der deutschen Öffentlichkeit in Panik.<sup>74</sup> Der Theologe und Liberale Ernst Troeltsch etwa urteilte am 29. Dezember 1918 über die Ereignisse: »Da geschah das Furchtbare. Eine zweite, eine sozialistische Revolution zerriss über Nacht diese Überleitung und schuf in der bedrängtesten, durch entsetzliche Waffenstillstandsbedingungen gefährdeten Weltlage des Reiches an Stelle einer durchgebildeten und den Übergang besonnen vollziehenden Demokratie das vollkommene Chaos.«

Insofern musste Revolutionsangst die Entwicklung eines positiven Verhältnisses zur Novemberrevolution geradezu hemmen, war ihre Akzeptanz für die bür-

72 Knüfken, Hermann: Von Kiel bis Leningrad. Erinnerungen eines revolutionären Matrosen 1917–1930, hrsg. von Andreas Hansen, Berlin 2008, S. 74.

73 Vgl. Niess, Wolfgang: Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie, Berlin u. a. 2017.

74 Zur unruhigen Phase des Jahreswechsel 1918/19 siehe Ullrich, Volker: Die Revolution von 1918/19, München 2009, S. 63–67; Niess, Revolution, S. 271–283; Gerwarth, Die Besiegten, S. 153–171.

gerlichen Demokraten doch eng mit der Rückkehr zu geordneten Verhältnissen verknüpft gewesen. Zum Jahreswechsel 1918/19 aber versank das Reich zunehmend in Chaos und bürgerkriegsähnlichen Zuständen, wofür auch die in der öffentlichen Wahrnehmung revolutionstragenden Sozialdemokraten verantwortlich gemacht wurden.

Dabei nahm das bürgerliche Bedrohungsgefühl mitunter hysterische Züge an. Anfang Dezember 1918 machte etwa das Gerücht die Runde, allein in Berlin stünden über 100.000 gut bewaffnete Liebknecht-Anhänger zum gewaltsamen Putsch bereit.<sup>75</sup> Friedrich Meinecke, einer der führenden deutschen Historiker dieser Zeit glaubte gar, den Beginn der »Weltrevolution« zu erkennen. »Siegt der Bolschewismus auf der ganzen Linie«, so fürchtete er, erwüchse daraus »ein entsetzliches Gottesurteil über die moderne Kultur und Menschheit.«<sup>76</sup>

Aus den weitgehend harmlosen und aus Sicht der Aufständischen anfangs kontrollierten Ereignissen des Kieler Matrosenaufstandes entwickelte sich nun eine neue Dimension an innenpolitischer Gewalt. Das sich manifestierende Bedrohungsszenario eines bolschewistischen Umsturzes führte nicht nur zu einer Neuformierung der bürgerlichen Rechten, sondern auch zur Bildung und zum Einsatz zumeist antibolschewistischer, paramilitärischer Verbände – ein im Übrigen auch transnational zu beobachtendes Phänomen.<sup>77</sup> Deren oftmals extreme Gewaltbereitschaft speiste sich zum einen aus der lange geschürten und teilweise erlebten Furcht vor einem nicht minder gewaltsam agierenden Gegner und zum anderen aus einem Rechtfertigungsnarrativ, das die Akteure des Matrosenaufstands und der Novemberrevolution kriminalisierte – »Dolchstoß« und »Novemberverbrecher« wurden zu den Schlagworten, die dieser Auffassung Ausdruck verliehen.<sup>78</sup> Dem entsprach ein hohes Maß an bürgerlicher Gewaltakzeptanz während der Frühphase der Weimarer Republik, welches bis in das sozialdemokratische Lager hineinreichte, wie das Vorgehen von Freikorps unter der Verantwor-

---

75 Gerwarth/ Horne, Bolschewismus, S. 95.

76 Meinecke, Friedrich: Strassburg, Freiburg, Berlin 1901–1919. Erinnerungen, Stuttgart 1949, S. 275f.

77 Bessel, Richard: Germany after the First World War, Oxford 1993, S. 283. Vgl. Ziemann, Benjamin: Germany after the First World War – A Violent Society? Results and Implications of Recent Research on Weimar Germany, in: Journal of Modern European History 1 (2003), S. 80–95.

78 Vgl. Niess, Geschichtsschreibung, S. 259f. Die schon während der Weimarer Republik aufgekommene Verleumdung der Beteiligten, v. a. der Sozialdemokraten, als »Novemberverbrecher« wurde besonders im NS-Staat zum offiziellen Geschichtsduktus. Mit dessen Ende begann eine Umdeutung, die anfangs zwar die Sozialdemokratie rehabilitieren sollte, jedoch ein Narrativ schuf, nach dem Deutschland vor der Wahl einer Demokratie oder einer Rätediktatur gestanden habe; so v. a. Erdmann, Karl Dietrich: Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, in VfZ 3 (1955), S. 1–19, hier S. 7.

tung Gustav Noskes als Reichswehrminister mit Billigung Eberts gegen linksradikale Aufstände im Frühjahr 1919 verdeutlicht.<sup>79</sup>

Die tiefe Verbitterung vieler ehemaliger Frontsoldaten, vor allem aber auch zahlreicher Angehöriger einer Generation junger Männer, die sich aufgrund ihres Alters nicht in den Kriegsverlauf hatten einbringen können, führte zu dem Wunsch nach Rache an den ihrer Meinung nach Verantwortlichen. Das waren in erster Linie die »fahnenleidbrüchigen hochverräterischen Matrosen«, die im Bunde mit Deserteuren, Arbeitern und Sozialdemokraten das einst so stolze Staatswesen zertrümmert hätten.<sup>80</sup> Ihr Hass vermengte sich mit der bürgerlichen Furcht zu einem unvorstellbaren Gewaltkomplex. Diesen zu lösen sollte der Weimarer Politik, für welche diese Menschen ohnehin meist nur Verachtung übrig hatten, lange nicht gelingen. So schrieb der in Kiel geborene, rechtsnationale Schriftsteller Ernst von Salomon, der die Revolution als 16-jähriger Kadett in Berlin erlebte und der später als Freikorpsangehöriger kämpfte, über die Revolutionäre:

»Der [roten] Fahne nach wälzten sich müde Haufen, regellos durcheinanderstapfend. Weiber marschierten an der Spitze. [...] Aus diesem schwärzlichen Gewusel da sollte also die glühende Flamme springen, sollte der Traum von Blut und Barrikaden sich verwirklichen? Unmöglich, vor denen da zu kapitulieren. [...]. Ich steifte mich und dachte ›Kanaille!‹ und ›Pack!‹ und ›Mob!‹ und ›Pöbel!‹ und kniff die Augen zusammen und besah diese dumpfen, ausgemergelten Gestalten; wie Ratten, dachte ich, die den Staub der Gasse auf ihren Rücken tragen [...].«<sup>81</sup>

Gerade in den nationalistischen, paramilitärischen Verbänden der Freikorps, so zeigen es eindrucklich die Erinnerungen Salomons, bildete sich ein Selbstverständnis als antikommunistisches Bollwerk in einer als instabil und feindlich empfundenen Welt heraus, welches ein gesellschaftliches Ordnungsbild propagierte, das vor allem auf soldatischer Kameradschaft und kämpferischem Draufgängertum basierte.<sup>82</sup>

79 Schumann, Dirk: Einheitssehnsucht und Gewaltakzeptanz. Politische Grundpositionen des deutschen Bürgertums nach 1918 (mit vergleichenden Überlegungen zu den britischen middle classes), in: Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik, hrsg. von Hans Mommsen, Köln 2000, S. 83 – 105, hier S. 95 – 98.

80 Barth, Boris: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914 – 1933, Düsseldorf 2003, S. 251.

81 Salomon, Ernst von: Die Geächteten, Berlin 1931, S. 10 f.; siehe auch die Erinnerungen von Scherlinger, Richard: Das große Los. Unter Soldaten, Bauern und Rebellen, Berlin 1959.

82 Vgl. Gerwarth, Robert: Im »Spinnennetz«. Gegenrevolutionäre Gewalt in den besiegten Staaten Mitteleuropas, in: Krieg im Frieden. Paramilitärische Gewalt in Europa nach dem Ersten Weltkrieg, hrsg. von Robert Gerwarth und John Horne, Göttingen 2013, S. 108 – 133, hier S. 117. Schmidt, Daniel: Abenteuer Freikorps. Deutsche Konterrevolutionäre zwischen Selbstentgrenzung und Selbststilisierung, in: Abenteuer. Zur Geschichte eines paradoxen Bedürfnisses, hrsg. von Nicolai Hannig/ Hiram Kümpfer, Paderborn 2015, S. 185 – 201; Sauer, Bernhard: Freikorps und Antisemitismus in der Frühzeit der Weimarer Republik, in: ZfG 56 (2008), S. 5 – 29. Für die Erinnerungen Salomons siehe Salomon, Ernst von: Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer, Berlin 1938.

Gespeist wurde diese Weltanschauung nicht nur aus der eigenen Gewalterfahrung, sondern vor allem aus den aus der russischen Revolution hinübergeretteten Horrorszenarien. Gerade sie hatten nach 1918 gewissermaßen zu einer »Vergesellschaftung« von Revolutionsangst beigetragen und dienten bald darauf konterrevolutionären Kräften zur Legitimation des eigenen militanten Verhaltens.<sup>83</sup>

Ob die handelnden Politiker dieser Zeit, allen voran Reichswehrminister Gustav Noske, vor dem Hintergrund dieses »Anti-Chaos-Reflexes« überhaupt größere Handlungsspielräume besaßen, ist bereits verschiedentlich diskutiert worden.<sup>84</sup> Fraglos griff er aber zur Niederschlagung von Arbeiterrevolten und Räteexperimenten ausgerechnet auch auf solche Freikorps und Zeitfreiwilligenverbände zurück, die keinen Hehl aus ihrer Republikfeindlichkeit machten. In Anbetracht ihrer ideologischen Grundhaltung, die ja massive Gewalt gegen die radikale Linke als zentrales Element beinhaltete, musste jegliche politische Gewalteindämmungsstrategie, an der Freikorps beteiligt waren, fast schon zwangsläufig scheitern.<sup>85</sup>

Die Furcht vor der angeblichen Bedrohung durch den Bolschewismus eröffnete der radikalen Rechten jedenfalls eigene Spielräume, um ihre Gewalt- und Rachefantasien ausleben zu können. Dazu gehörten ganz besonders auch ehemalige Offiziere der Kaiserlichen Marine aus Kiel, die sich schon früh in speziellen Freikorpsformationen wie den Marinebrigaden »Erhardt« und »von Loewenfeld« 1919 und 1920 an Gewaltakten gegen linke Aufständische und Arbeiterwehren beteiligten und nach ihrer erzwungenen Auflösung im Untergrund gegen die Republik operierten.<sup>86</sup>

Anders als noch die Kieler Aufständischen von 1918 verloren die rechten Paramilitärs in ihrer Gewaltausübung jedes Maß. Bereits den Kämpfen im Berliner Zeitungsviertel Anfang 1919 waren mehr als 200 Menschen zum Opfer gefallen, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden im Umfeld dieser Auseinandersetzungen ermordet. Im Zuge dieser Auseinandersetzungen war es nun auch in Kiel zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen dem Roten Soldatenbund und örtlichen Freiwilligenverbänden gekommen.<sup>87</sup>

---

83 Weisbrod, Bernd: Gewalt in der Politik. Zur politischen Kultur in Deutschland zwischen den Weltkriegen, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 43 (1992), S. 391 – 404, hier S. 394.

84 Vgl. Weisbrod, Gewalt, S. 393.

85 Göllnitz/ Kollex/ Friis, Revolutionäre, S. 137.

86 Vgl. Krüger, Gabriele: Die Brigade Ehrhardt, Hamburg 1971, S. 73 – 94; Stern, Howard: The Organisation Consul, in: The Journal of Modern History 35 (1963), S. 20 – 32; Meinel, Susanne: Brigade Ehrhardt, Organisation Consul und Bund Wiking. Das Spinnennetz rechtsradikaler Verbände in Mittelhessen 1920 – 1925, in: Mitteilungen des Wetzlarer Geschichtsvereins 36 (1993), S. 55 – 101.

87 Franz, Werner: Die Spartakusunruhen von 1919 in Kiel und die Kieler Studentenwehr, in: Die Heimat 65 (1958), S. 88 – 92, hier S. 91.

Von da an eskalierte die Situation. Die teils extremen Gewalttaten und Massenerschießungen, vor allem bei der Niederschlagung der Münchener Räterepublik sowie den Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet oder in Mitteldeutschland weckten ab dem Frühjahr 1919 Erinnerungen an den nach wie vor tobenden russischen Bürgerkrieg.<sup>88</sup>

Obschon für diese Eskalation auch das Vorgehen der staatlichen Sicherheitskräfte, vor allem aber der Freikorps, eine große Rolle spielte, sah sich die breite Öffentlichkeit in erster Linie von radikalen Sozialisten bedroht. Selbst die Sozialdemokratie befürchtete im Zuge der gewaltsamen Auseinandersetzungen zumindest zeitweise den Sieg des Bolschewismus. Nicht zuletzt auch durch die sozialdemokratische Presse wurde, wie Eberhard Kolb 1962 betonte, eine »regelrechte Psychose« herangezchtet und das politisch-instrumentelle Operieren mit der Bolschewismussfurcht mit dem Bedrohungsgefühl der Zeitgenossen zu einem »Hysteriekonglomerat« verschmolzen.<sup>89</sup>

Das auf diesem Empfinden begründete Zusammenspiel mit rechtsgerichteten Freikorpsverbänden und der Reichswehr im Rahmen des Ebert-Groener-Pakts beschränkte die Handlungsfreiheit der MSPD-geführten Regierung nachhaltig. In der Furcht vor dem Bedrohungspotential der jeweils anderen Seite wechselten sich Gewalt und Gegengewalt ab, ohne dass es den staatlichen Akteuren gelang, diese Spirale zu durchbrechen.<sup>90</sup> Im Zuge der Auflösung der Freikorpsformationen kam es im März 1920 gar zum Kapp-Lüttwitz-Putsch, der unter anderem durch den Einsatz bewaffneter Arbeiter beendet wurde, was insbesondere im Ruhrgebiet zu einem neuerlichen Aufflammen revolutionärer Bestrebungen führte.<sup>91</sup>

Dennoch kann das Jahr 1920 als Trendwende für das von Revolutionsangst erfüllte Deutsche Reich betrachtet werden. Denn zwei Gründe führten letztlich zum Scheitern des Kapp-Putsches. Zum einen rief die legitime Regierung erfolgreich zum Generalstreik auf, der das öffentliche Leben abrupt zum Erliegen und die Putschisten damit in Bedrängnis brachte. Obwohl sich die Reichswehr geweigert hatte, mit militärischen Mitteln gegen die Putschisten vorzugehen und teils offen mit diesen sympathisierte, lehnte es der überwiegende Teil der Bürokratie zudem ab, den Anordnungen der Putschregierung Folge zu leisten. Das Bürgertum ließ somit die Gelegenheit ungenutzt, mit der radikalen Linken »abzurechnen«.

88 Vgl. Barth, Dolchstoßlegenden, S. 244–247; Gerwarth, Die Besiegten, S. 164–171.

89 Kolb, Eberhard: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919, Düsseldorf 1962, S. 406.

90 Verwiesen sei an dieser Stelle auf das Argument Richard Bessels, dass es Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg nicht gelungen sei, den Zustand einer »Kriegsgesellschaft« (»post-war-society«) zu überwinden. Bessel, Germany, S. 283.

91 Gietinger, Klaus: Kapp-Putsch 1920. Abwehrkämpfe. Rote Ruhrarmee, Stuttgart 2020.

nen« und die ungeliebte Republik zu stürzen. Dirk Schuhmann führt dies als Beleg dafür an, dass die Bolschewismus-Furcht keineswegs völlig das bürgerliche Weltbild dominierte, wenngleich auch der mittlerweile schlechte Leumund der am Putsch beteiligten Freikorpsverbände als mordlüsterne Gewalttäter das seine zu dieser Haltung beigetragen haben mag.<sup>92</sup>

Auffällig bleibt in diesem Kontext jedenfalls der Verzicht auf eine konsequente Strafverfolgung der beteiligten Putschisten, welche zumeist nicht vor Gericht gestellt wurden oder aber fliehen konnten. Die Anfang August 1920 vom Reichstag erlassene Generalamnestie schützte schließlich alle in die Verschwörung verwickelten Persönlichkeiten (mit Ausnahme der führenden Köpfe) vor einer gerichtlichen Verfolgung.<sup>93</sup> Diese mangelnde Konsequenz der Republik stärkte bei den Beteiligten so einerseits den Glauben an die insgeheime Billigung ihres Kampfes gegen die Revolution und zeigte andererseits die vermeintliche Schwäche der Republik als Staatsform auf, die es aus Sicht der radikalen Rechten ja gerade deshalb zu beseitigen galt.

Es verwundert daher nicht, dass sich die Angehörigen der ehemaligen Brigade Ehrhardt und anderer Freikorps schon bald in Ersatzorganisationen und nationalistischen Netzwerken wiederfanden, deren radikalste Exponenten sich beispielsweise in der konspirativen Organisation Consul für die spektakulärsten politischen Mordanschläge der Weimarer Republik verantwortlich zeichneten. Zustimmung erfuhren sie in weiten Teilen des Bürgertums nun hingegen nicht mehr. Denn mittlerweile hatte sich gezeigt, dass die Basis vermeintlich bolschewistischer Revolutionäre in Deutschland für einen ernsthaften Umsturz nicht groß genug war.<sup>94</sup> Mit den politischen Erfolgen der Weimarer Republik und dem Anwachsen ihrer Stabilität verlor Revolutionsangst an Relevanz. Dieser Prozess sollte allerdings kaum ein Jahrzehnt andauern, bis die Nationalsozialisten erneut auch mit Verweis auf eine vermeintliche bolschewistische Bedrohung das politische System der Republik herausforderte.

---

92 Schuhmann, Dirk: Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918 – 1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001, S. 361 – 363.

93 Siehe den am 31. 07. 1920 eingebrachten Regierungsentwurf über das »Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit«, Reichstagsdrucksache Nr. 317, Bd. 363, [https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2\\_w1\\_bsb00000047\\_00761.html](https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_w1_bsb00000047_00761.html) (abgerufen am 5. 4. 2021); siehe auch Abschrift des Beschlusses des Ferienenats des Reichsgerichts vom 08. 09. 1920, Landesarchiv Schleswig-Holstein (LASH), Abt. 301, Nr. 5713.

94 Vgl. etwa Niess, Geschichtsschreibung, S. 84 f.